
G E S C H Ä F T S B E R I C H T

der Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. für die Jahre 2007 und 2008



Sehr geehrte Damen und Herren,

in gewisser Weise stabil, allerdings auf einem insgesamt unbefriedigendem Niveau vollzog sich die Entwicklung der transportierenden Entsorgungsunternehmen in der Region Berlin-Brandenburg im Zeitraum 2007/2008. Aufkommenszuwächse waren nicht erzielbar, auch die Entgeltanpassungen infolge der zeitweise drastisch gestiegenen Dieselpreise konnten am Markt kaum durchgesetzt werden. Zudem erschwerten die seit Anfang des Jahres 2008 in Berlin wirkende Umweltzone und die Ende 2008 stärker einsetzenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise das unternehmerische Wirken weiter. Zum Jahreswechsel 2008/2009 wurde bereits absehbar, dass es infolge der drastischen Produktionseinbrüche in der stark exportorientierten produzierenden Wirtschaft auch zu einem spürbaren Einbruch des Abfallaufkommens kommen würde.

Den Mitgliedern der Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. ist es dennoch gelungen, sich in den Berichtsjahren erfolgreich am Markt zu behaupten. Lediglich ein Unternehmen hat seine Tätigkeit wegen Auftragsmangel einstellen müssen, den Betrieb jedoch ordnungsgemäß abgewickelt. Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb blieb ansonsten bewährtes und anerkanntes Instrument qualitätsgesicherter Entsorgungspraxis.

Unser Dank gilt wiederum unseren ehrenamtlich tätigen Mitgliedern im Überwachungsausschuss und den Rechnungsprüfern, die mit ihrer Arbeit aktiv zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen, aber auch unserem Vertragspartner, der oecontrol Technische Überwachungsorganisation mbH, sowie der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e.V., die uns in anhaltend hervorragender Qualität wieder engagiert unterstützt haben.

Berlin, August 2009

Ulrich Schulz

Bernd Richter

Thomas Holewa

Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

Inhalt

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2007/2008	6
2. Entwicklungen in der Abfallgesetzgebung und im Gesetzesvollzug	11
3. Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden in Berlin und Brandenburg	14
4. Interessenbündelung der Entsorgungsgemeinschaften	15

Anlagen

Anlage 1 Einnahmen-/Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2007	17
Anlage 2 Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2007	19
Anlage 3 Einnahmen-/Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2008	20
Anlage 4 Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2008	22

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2007/2008

Die Länder Berlin und Brandenburg haben für 2007 eine positive, aber unterschiedlich starke gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. Bereinigt um Preisveränderungen bleibt für Brandenburg ein reales Wirtschaftswachstum (BIP) von 2,8 % und für Berlin von 1 %. Deutschlands Wirtschaft wuchs in diesem Zeitraum real um 2,9 %.

Im 1. Halbjahr 2007 hat sich im Verarbeitenden Gewerbe für Berlin eine sehr abgeschwächte Entwicklung gezeigt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg in diesem Wirtschaftsbereich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 0,2 % an, während sie in Brandenburg um 9,4 % zunahm. Bundesweit hatte das Verarbeitende Gewerbe einen Wertschöpfungsanstieg um 6,9 % zu verzeichnen. Die Bauindustrie in der Region Berlin-Brandenburg befindet sich auf Konsolidierungskurs. Allerdings führen steigende Preise für Baumaterialien und Rohstoffe zu erhöhtem Kostendruck, so dass die Situation für die Firmen weiter sehr angespannt ist.

Insgesamt war für Berlin und Brandenburg 2008 in wirtschaftlicher Hinsicht ein gutes Jahr. Trotz der in der zweiten Jahreshälfte heraufgezogenen Krise ist das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr in Brandenburg um 0,8 % und in Berlin um 1,6 % gewachsen, und die Beschäftigung hat weiter zugenommen. Das Wachstum lag damit in Berlin erstmals über dem Bundesdurchschnitt von 1,3 %. Ein Blick auf die zurückliegenden drei Jahre zeigt, dass die Zahl der Arbeitslosen in beiden Ländern sogar um rund 30 % zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in beiden Ländern um fast 6 % gestiegen. Dies zeigt, dass Berlin und Brandenburg zunehmend an der international guten Konjunktur partizipiert haben.

Dabei hat sich die Industrie weiterhin als wichtigster Bereich gezeigt. Die erfreuliche Entwicklung in den zurückliegenden Jahren fortsetzend, erreichte die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in der Region im ersten Halbjahr 2008 nochmals einen Zuwachs von über 7 %. Die Industriebetriebe haben sich nach einem umfassenden Strukturwandel spürbar konsolidiert, wovon auch die industrienahen Dienstleistungen profitieren. Die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zeigt sich nicht zuletzt an der in den zurückliegenden Jahren erheblich ausgebauten Exportquote. Zuletzt ging

Geschäftsbericht

aus Brandenburg jedes vierte und aus Berlin jedes dritte Industrieprodukt ins Ausland. Die Unternehmen nutzen die Chancen der Globalisierung.

Gerade weil die regionale Wirtschaft stärker auf den internationalen Märkten vertreten ist, ist die Abschwächung auf den Weltmärkten nun auch hierzulande zu spüren. Es hat wohl kein Jahr in der jüngeren Vergangenheit gegeben, in dem eine anhaltend positive Entwicklung so abrupt durch negative Schlagzeilen und eine konjunkturelle Abwärtsbewegung verdrängt wurde, wie seit dem Herbst 2008. Entsprechend groß sind die Unsicherheiten an den Märkten und die damit verbundenen Risiken.

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hinterlässt ihre Spuren insbesondere in der Industrie. Die Berliner und Brandenburger Unternehmen haben die letzten Jahre genutzt und wichtige Voraussetzungen geschaffen, bei einer Wiederbelebung der Konjunktur an die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre anzuknüpfen. Sie haben ihre Eigenkapitalbasis gestärkt, die Innovationskraft ausgebaut, in beachtlichem Umfang qualifizierte Beschäftigung aufgebaut und wichtige Marktanteile im Ausland gewonnen.

In den letzten 3 Jahren haben sich die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit in der Region positiv entwickelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat von September 2005 bis Ende 2008 in der Region um 102.441 oder 5,9 % zugenommen, davon in Berlin um 7,6 %, in Brandenburg mit 3,4 % etwas weniger. Diese Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat positive Auswirkungen auf die finanzielle Verfassung der Sozialversicherungssysteme gehabt. Noch deutlicher wird die positive Entwicklung, wenn man die Entwicklung der Beschäftigung insgesamt betrachtet. Die Zahl aller Beschäftigten in der Region ist um 174.688 Personen oder 7 % gestiegen, in Berlin um 7,4 % und in Brandenburg um 6,6 %.

Der erfreuliche Zuwachs bei der Beschäftigung spiegelt sich in der Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist im selben Zeitraum um 158.014 Personen oder 29,3 % zurückgegangen. In Berlin betrug der Rückgang 93.861 Personen oder 30,1 %, in Brandenburg 64.153 oder 28,3 %.

Das Verarbeitende Gewerbe ist das Kernstück des wirtschaftlichen Wachstums in der Region Berlin-Brandenburg. Zum Jahreswechsel 2008/2009 arbeiteten in der Region knapp 200.000 Industriebeschäftigte (in Betrieben mit über 20 Beschäftigten) in Branchen, wie Automotive, Solar, Maschinenbau,

Gesundheitswirtschaft, Medizintechnik, Elektrotechnik, Fahrzeugbau und Luftfahrtindustrie. Insgesamt war 2008 für die Industrie ein gutes Jahr: Die Beschäftigung stieg in den 362 Berliner Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten um 2,2 % auf 87.013. Diese erwirtschafteten einen Umsatz von über 26 Milliarden Euro. Die Auslandsumsätze kletterten um 7,2 % auf 10,98 Milliarden Euro. Die Exportquote wuchs im Jahr 2008 auf 38,0 %.

Wirtschaftsentwicklung in Berlin

Das geringere Wachstum in Berlin erklärt sich aus der schwachen Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und einer negativen Entwicklung in der Energiewirtschaft. So ist hier die Erzeugung um etwa 20 % gesunken, was sich direkt auf die Bruttowertschöpfung auswirkte. Zuletzt sank die Beschäftigtenzahl von Januar bis Oktober 2007 in der Industrie um knapp 1 % auf 84.662 (mit Betrieben über 50 Beschäftigten). Sektoren mit steigendem Wachstum sind Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik und Optik.

Insgesamt waren im Jahr 2007 in der Berliner Industrie in Betrieben mit über 20 Beschäftigten ca. 96.800 Beschäftigte tätig. In der Metall- und Elektroindustrie sind über 54.300 Personen beschäftigt.

Das Berliner Bauhauptgewerbe konnte im August 2007 Aufträge mit einem Volumen von 119,0 Mill. Euro verbuchen. Das ist fast ein Viertel mehr (24,2 %) als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der baugewerbliche Umsatz (127 Mill. Euro) verringerte sich um ein Prozent zum Vorjahresmonat. Im August lag der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten mit 15.732 Euro leicht über dem Vorjahresniveau in Höhe von 15.537 Euro (1,3 %). Bei den tätigen Personen in den auskunftspflichtigen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten war mit 8.070 gegenüber August 2006 mit 8.259 Personen ein Verlust von 2,3 % zu verzeichnen. Im Berliner Hoch- und Tiefbau, einer der Hauptgruppen des Baugewerbes, scheint der Abwärtstrend noch nicht gestoppt. Die Umsätze in diesem Bereich liegen rund 16 % unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums.

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im August 2007 real 1,4 % weniger um als zwölf Monate zuvor. In der größten Wirtschaftsgruppe, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Lebensmittelmärkte und Discounter mit breitem Sortiment sowie Warenhäuser), war die Umsatzentwicklung da-

gegen leicht rückläufig (-0,1 %). Im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren ging der Umsatz um 7,5 % zurück.

Der positive Trend des letzten Jahres im Berliner Handwerk wird durch das aktuelle Konjunkturbild gefestigt. Hintergrund ist eine erwartete bessere Auftragslage. Knapp ein Drittel der Betriebe gehen von einer weiteren Verbesserung der Auftragslage aus. Auch Handwerksbetriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, für ihre Ausbildungsplätze die geeigneten Bewerber zu finden. Zuletzt waren 191.420 Erwerbstätige im Handwerk tätig (+0,2 %). Die Zahl der Betriebe stieg um 1,2 % auf knapp 33.400.

Die rückläufigen Umsatzerlöse im Verarbeitenden Gewerbe Berlins im Jahr 2008 werden durch eine rechtliche Neuordnung von Betrieben im Ernährungsgewerbe und in der Tabakverarbeitung stark nach unten verzerrt. Es handelt sich hier um einen statistischen Sondereffekt, der nicht die reale Entwicklung abbildet. Fast alle großen Berliner Industriebranchen konnten mit einem Umsatzplus im In- und Ausland das Jahr 2008 abschließen. Der Maschinenbau und die chemische Industrie steigerten den Umsatz um 8,1 % bzw. 4 %. Im Fahrzeugbau blieb die Beschäftigung im letzten Jahr in Berlin noch stabil.

Wirtschaftsentwicklung Brandenburg

Wie stark der Zusammenhang von Industrie und BIP ist, zeigen die Konjunkturdaten für Brandenburg. Die reale Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe betrug 2007 im ersten Halbjahr 9,4 %. Dieses war der Wachstumsmotor für das Wirtschaftswachstum von 2,8 %, das knapp der durchschnittlichen Wachstumsrate deutschlandweit entsprach. Die märkische Industrie war im Jahr 2007 besonders leistungsstark. Von Januar bis Oktober 2007 arbeiteten in Betrieben mit über 50 Beschäftigten 72.682 Personen. Insgesamt jedoch waren im Verarbeitenden Gewerbe Brandenburgs in Betrieben mit über 20 Beschäftigten knapp 89.900 Beschäftigte tätig. Insbesondere die Metall- und Elektroindustrie mit über 39.200 Beschäftigten baute deutlich zusätzliche Arbeitsplätze (+8 %) auf und erwirtschaftete ein Umsatzwachstum von fast 20 %.

Die baugewerblichen Umsätze lagen in den Brandenburger Baubetrieben im August 2007 um 7,5 % (214,2 Mill. Euro) über dem Niveau des vergleichbaren

Vorjahresmonats. In den Brandenburger Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen wurden im August Auftragseingänge in Höhe von 151,9 Mill. Euro verzeichnet, das waren 3,6 % weniger als im August des Vorjahres. Zuwächse wurden in erster Linie im gewerblichen und industriellen Hochbau registriert. Die Zahl der im Bauhauptgewerbe tätigen Personen verringerte sich um 3 % auf 17.101. Im Hoch- und Tiefbau Brandenburgs haben sich die Gesamtumsätze im ersten Halbjahr des Jahres 2007 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um etwa 20 % erhöht. Damit scheint sich hier nach jahrelangen Rückgängen eine Trendwende abzuzeichnen.

Die Grundstimmung der Brandenburgischen Handwerksbetriebe war Ende 2007 positiv. Die Mehrzahl der märkischen Unternehmen sind nach wie vor Kleinstbetriebe. Trotz eines leichten Zuwachses in der Beschäftigung bleibt die Lage für die Handwerker schwierig: Ein Großteil der Betriebe berichtet von gestiegenen Einkaufspreisen, insbesondere bei Material-, Kraftstoff- und Energiekosten.

Die Jahresbilanz 2008 verlief für das Verarbeitende Gewerbe in Brandenburg insgesamt positiv. Die märkische Industrie erzielte gegenüber 2007 mit einem Ergebnis von knapp 20,8 Milliarden Euro ein Umsatzplus von 5 %. Der Auslandsumsatz stieg dabei um 4,8 % auf 5,3 Milliarden Euro an. Die Umsatzzuwächse betragen im Ernährungsgewerbe knapp 12 % (Umsatz: 2,7 Milliarden Euro), im Fahrzeugbau 4,2 % (Umsatz: 2,6 Milliarden Euro) und in der chemischen Industrie 2,1 % (Umsatz: 1,9 Milliarden Euro).

In den letzten Jahren haben sich alle wichtigen Kennzahlen für den Arbeits- und Beschäftigungsmarkt auch in Berlin-Brandenburg positiv entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den Jahren 2006/07 um 103.858 Personen oder 19,7 % zurückgegangen. Diese Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt geht einher mit der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Sie nahm um 48.050 Beschäftigte oder 2,8 % zu, in den letzten 2 Jahren um 71.628 oder 4,2 %. In Berlin waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit Ende August 2007 über eine Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (+2,8 %), in Brandenburg waren es 732.400 (+2,7 %). Insgesamt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region um 48.050 (2,8 %) auf knapp 1,8 Mio.

Welche konkreten, in Zahlen ausdrückbaren Auswirkungen die Finanz- und Wirtschaftskrise in der Region hat, wird sich voraussichtlich frühestens Ende

2009 zeigen. Aufgrund der Breite und des Umfangs der verarbeitenden Industrie in Westdeutschland dürften die Auswirkungen dort deutlich gravierender sein. Aber da besonders industrielle Zulieferer in der Region Berlin-Brandenburg beheimatet sind, dürften auch hier deutliche Fertigungsrückgänge zu befürchten sein.

2. Entwicklungen in der Abfallgesetzgebung und im Gesetzesvollzug

Änderungen in der abfallrechtlichen Nachweisführung

Mit dem Gesetz zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung vom 15.07.2006 sowie der Verordnung zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung vom 20.10.2006 ist das geltende Nachweisrecht in der Abfallentsorgung grundlegend novelliert worden. Hauptziel ist die schrittweise Einführung moderner Kommunikationsmittel in die abfallrechtliche Nachweisführung, damit im Zusammenhang wurden auch Anpassungen an Veränderungen im europäischen Abfallrecht vollzogen. Die wesentlichen Neuregelungen sind zum 01.02.2007 in Kraft getreten, für eine Reihe von Änderungen gelten aber z. T. langjährige Übergangsfristen.

Mit der Novellierung der Nachweisverordnung wurden zunächst Begrifflichkeiten im deutschen Abfallrecht den geltenden EU-Begriffen angepasst: statt der bisherigen Kategorisierung der Abfallarten nach nicht überwachungsbedürftigen, überwachungsbedürftigen und besonders überwachungsbedürftigen Abfällen werden nunmehr nur noch Abfälle und gefährliche Abfälle unterschieden. Eine prinzipielle Nachweispflicht entsprechend Nachweisverordnung gilt nur noch für gefährliche Abfälle, wobei die Grundpflichten der Abfallwirtschaft, die Abfallerzeugern und –besitzern auferlegen, die schadlose Entsorgung von Abfällen nachweisen können zu müssen, davon unberührt bleibt. Wie bisher kann die zuständige Behörde von Erzeugern und Entsorgern/Zwischenlagerbetreibern auch bei nicht gefährlichen Abfällen Nachweise verlangen. Neu ist, dass diese behördliche Möglichkeit nunmehr auch gegenüber Beförderern geschaffen wurde.

Für gefährliche Abfälle sind wie bisher Entsorgungsnachweise und Begleitscheine zu führen, spätestens ab 01.04.2010 in elektronischer Form, wobei als neue Regelung gilt, dass Entsorgungsnachweise nunmehr auch in Zwischenlagern „enden“ können. Diese Neuregelung wirft verschiedene Fragestellungen für Containerdienste mit eigenen Lagerplätzen auf, insbesondere wenn sogenannte Asbestkleinsammelstellen oder Annahmestellen für Kleinmengen gewerblicher Abfallerzeuger (z. B. Dachdecker) betrieben werden. Die Innung wird hierzu in den nächsten Wochen klarstellende Gespräche mit der Umweltverwaltung führen und die Fachgruppenmitglieder über die Ergebnisse im Rundschreibendienst informieren. Des Weiteren besteht für Erzeuger, Beförderer und Entsorgern/Zwischenlagerbetreiber von/für gefährliche(n) Abfälle(n) die Verpflichtung, Register (ähnlich dem bisherigen Nachweisbuch) zu führen. Gleiches gilt für Entsorgern/Zwischenlagerbetreiber von/für nicht gefährliche(n) Abfälle(n). Für Erzeuger und Beförderer nicht gefährlicher Abfälle kann die zuständige Behörde die Registerpflicht anordnen, bei Entsorgungsfachbetrieben bleibt die Verpflichtung zur Führung des Betriebstagebuchs unberührt.

Weitere Änderungen im Rahmen der Novellierung betrafen die zu verwendenden Formulare. Bislang verwendete Formulare können bis zur individuellen Einführung des elektronischen Nachweisverfahrens im jeweiligen Unternehmen (spätestens zum 01.04.2010) weiter genutzt werden. Wird bereits vorher zum elektronischen Nachweisverfahren übergegangen, sind die Nachweise im neuen Layout zu nutzen.

Mit den neuen Bestimmungen wurden punktuell Vereinfachungen und Klarstellungen wirksam. So wurde nunmehr die Auffassung bestätigend klargestellt, wonach Sammelentsorgungen für gefährliche Abfälle für Abfallerzeuger zulässig sind, wenn nicht mehr als 20 t pro Jahr und Abfall je Standort anfallen. Zudem ist keine Deklarationsanalytik mehr erforderlich, wenn Art, Beschaffenheit und Konzentration der Schadstoffe bekannt ist oder sich diese aus der Vorbehandlung ergeben.

Das neue Umweltschadensgesetz

Am 14. November 2007 trat das neue Umweltschadensgesetz – USchadG – in Kraft. Das am 14. Mai 2007 im Bundesgesetzblatt veröffentlichte Gesetz setzt die Umwelthaftungs-Richtlinie der EU (RL 2004/35/EG vom 21. April 2004

über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden) in nationales Recht um.

Das Gesetz betrifft jede berufliche Tätigkeit und insofern auch das Verkehrsgewerbe. In einer verschärften Haftung (Gefährdungshaftung) befinden sich alle diejenigen Unternehmen, die mit gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie mit Gefahrgütern umgehen, einschließlich der Beförderung. Unternehmen, die Abfälle und Gefahrgüter befördern, gelten in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit als Verantwortliche für die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden und werden bei einer Schädigung etwa des Bodens oder eines Gewässers für die Sanierung haftbar gemacht. Für die Verantwortlichkeit genügt es auch, wenn die unmittelbare Gefahr eines Umweltschadens besteht. In diesem Fall – und freilich auch, wenn ein Umweltschaden eingetreten ist – hat der Verantwortliche die zuständige Behörde unverzüglich zu informieren und über alle bedeutsamen Aspekte des Sachverhalts zu unterrichten. Er hat ferner im Falle einer unmittelbaren Gefahr eines Umweltschadens unverzüglich die erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen zu ergreifen. Unter „unverzüglich“ versteht der Jurist „ohne schuldhaftes Zögern“, so dass es durchaus zulässig sein kann, zuerst eigene Ermittlungen zum Sachverhalt anzustellen, bevor die Behörde informiert wird. Gleichwohl ist – besonders bei schwerwiegenden Schäden – die Reaktionszeit kurz zu bemessen.

Umweltschäden nach dem Umweltschadengesetz sind Schädigungen von Gewässern und Böden sowie von Arten und natürlichen Lebensräumen (Biodiversität).

Bestimmte, besonders umweltgefährdende berufliche Tätigkeiten unterliegen einer Gefährdungshaftung. Um welche Tätigkeiten es sich hierbei handelt, ist in einer Anlage des Umweltschadengesetzes im einzelnen aufgeführt: Genannt werden dort beispielsweise der Betrieb bestimmter umweltrelevanter Anlagen sowie sämtliche Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen, wie etwa das Einsammeln, Befördern, Verwerten und Beseitigen von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen, einschließlich der Überwachung derartiger Vorgänge. Ebenso ist hier die Tätigkeit der Beförderung gefährlicher oder umweltschädlicher Güter genannt sowie der Transport gentechnisch veränderter Mikroorganismen und die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen.

Bekämpfung illegaler Entsorgungen

Im Berichtszeitraum sorgten mehrere massive Umweltskandale in Brandenburg für Aufsehen. Zum einen wurden in verschiedenen, dem Bergrecht unterfallenden früheren Kiesgruben illegale Abfallablagerungen in teils erheblichem Umfang entdeckt, zum anderen entpuppten sich eine Reihe „sanierter“ Gemeindedeponien als unerlaubte Ablagerungen von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen anstatt Verfüllungen mit mineralischem Material. Besonders die zuletzt genannten Fälle warfen ein bedenkliches Licht auf die Fachbetriebseigenschaft, denn bei dem Haupttäter handelte es sich um einen – im Rahmen eines Einzelüberwachungsvertrags – zertifizierten Entsorgungsfachbetrieb.

Problematisch sind in diesen Zusammenhängen die zwischen Umwelt- und Bergbehörden geteilten Zuständigkeiten. Brandenburg allein verfügt über ca. 230 der Bergaufsicht unterstehende Steine- und Erdenbetriebe. Die Ermittlungsbehörden haben im Zusammenhang mit den eklatanten Vorkommnissen begonnen, alle in Frage kommenden Lagerstätten systematisch zu überprüfen, was zur Entdeckung weiterer illegaler Ablagerungen führen dürfte.

Nach Aussagen der Ermittlungsbehörden habe ein Großteil der illegal eingebrachten Abfälle seine Herkunft außerhalb der Region, aber auch aus Berlin und Brandenburg seien Abfälle in den illegalen Lagerstätten eingebaut worden. Hier ist nicht zuletzt auch nach Auffassung der seriösen Branchenverbände und der regional ansässigen Entsorgungsgemeinschaften eine stärkere behördliche Überwachung vonnöten. Schließlich handelt es sich nicht nur um Umweltvergehen, sondern – gerade bei Massenabfällen – um erhebliche Wettbewerbsverzerrungen.

3. Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden in Berlin und Brandenburg

Bis auf die im Rahmen der Erst- und Folgezertifizierungen erforderlichen Benehmensverfahren bestand in den Jahren 2007/2008 kein gesonderter Bedarf der Abstimmung zwischen ESA und den zuständigen Behörden. Da beidseitig auch thematisch keine aktuellen Erfordernisse artikuliert wurden, fanden auch

die etablierten Erfahrungsaustauschrunden zwischen den Vollzugsbehörden Berlins und Brandenburgs und den Entsorgungsgemeinschaften und technischen Überwachungsorganisationen nicht statt. Unter dem Dach der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V., die die ESA gewerbepolitisch betreut, wurden jedoch – in Kooperation mit der Senatsumweltverwaltung Berlin und der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH - Informationsangebote zur Einführung des elektronischen Nachweisverfahrens geschaffen.

4. Interessenbündelung der Entsorgungsgemeinschaften

Im Berichtszeitraum setzte die im Jahr 2004 gegründete EVGE Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e. V., der die ESA von Anbeginn an angehört, ihre Arbeit als Dachorganisation der Entsorgungsgemeinschaften fort.

National wurde die Zusammenarbeit der deutschen Entsorgungsgemeinschaften intensiviert. Dies findet seinen Ausdruck in einer inzwischen als Veranstaltungsreihe etablierten Sachverständigenschulung, die sowohl 2007 als auch 2008 jeweils in Bonn stattfand. Zum anderen artikulierte sich die deutsche Sektion der EVGE zunehmend gebündelt gegenüber dem Bundesumweltministerium und der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall. Auch die Meinungsbildung bei der Einzelfallbeurteilung in Zertifizierungsfragen wurde anlässlich der Gremienzusammenkünfte - in erster Linie des Arbeitsausschusses – intensiviert.

Zu ihrer Mitgliederversammlung 2007 hatte die europäische Dachorganisation der Entsorgungsgemeinschaften, die EVGE Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e. V. am 05.11.2007 nach Dresden eingeladen. Unter Leitung des Vorsitzenden Heinrich Frey (EGRW, Frankfurt a. M.) und des seinerzeitigen Sprechers des Arbeitsausschusses Wolfgang Büchler (V.EFB, Wien) wurden satzungsgemäße Aufgaben behandelt sowie einstimmig ein europäischer Mindeststandard für die Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben beschlossen. Dieser soll in EU- oder Drittstaaten, die an der Einführung des Instruments Entsorgungsfachbetrieb interessiert sind, eine Orientierung bieten, ein europaweit harmonisiertes Modell im Rahmen von Entsorgungsgemeinschaften zu nutzen.

Geschäftsbericht

Ferner bestimmten die Delegierten als Sprecher des Arbeitsausschusses für 2008 Thomas Prenzer, Geschäftsführer der Entsorgungsgemeinschaften Nord, Hamburg. Satzungsgemäß wechselt die Funktion im Jahresturnus zwischen den Mitgliedsorganisationen.



ESA-GF Gerd Bretschneider, die GF der ESN Klaus Bunzel und Ralf Schmitz sowie der GF der bvse-ESG Jörg Lacher (v. l.) zur EVGE-Mitgliederversammlung 2007 in Dresden



EVGE-Vorsitzender Heinrich Frey leitete die MV